

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weizen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Volkshd.-Konto: Leipzig Nr. 3844

Nr. 88

Sonntag den 18. April 1920

79. Jahrg.

Millerands Forderungen an Deutschland.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichstagswahlen sollen fest bestimmt am 6. Juni stattfinden.
- Im Reichswehrministerium sind mehrere Offiziere und Zivilisten während einer Beratung angeblich über neue Maßregeln verhandelt worden.
- Nach dem neuen Militärverordnungs-Gesetz ist es über 2 Millionen Verlorgerberechtigte mit einer Versorgungsrente von etwa 4 1/2 Milliarden Mark.
- Berichtsweise verläuft, daß 50% beim Überfahren der böhmischen Grenze verhaftet worden ist.
- Nach dem Landgericht Berlin begann am Freitag der Streit gegen den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen wegen der Vorfälle im Hotel Adlon.
- Die Bank von England erhöhte wegen des Sinkens der englischen Währung den Bankdiskont auf 7%.

Flügelsturm.

Wo der preussische Adler einmal seine Fänge eingeschlagen hat, da hält er fest — auch eines jener zahlreichen Drohworte Kaiser Wilhelms, deren unmäßig starrer Ton uns in der ganzen Welt in den Ruf der Groberungsjacht, der Streitlust gebracht hat. Im Grunde und in Wahrheit war der preussische Adler längst ein feilschendes schmeichlerisches Wesen; nur sein gepriesenes Wappensymbol erinnerte noch an die Zeiten von Mut und Eifer, durch die Brandenburg-Kaisern und Könige ihn hindurchgepeitscht hatten. Genau so, wie Frankreich und England und Rußland sich zu europäischen Großmächten entwickelt hatten. Und heute? Die deutsche Republik hat den stolzen König der Wälder als Wahrzeichen ihrer Staatshohheit behalten, aber Döppel der Jüngere mußte ihm sein säubereich mit der Kunst seiner Feder alles Schwere fortzulesen, damit der absolet vorkämpfte Grundcharakter des neuen Deutschland auch äußerlich hinwoll zum Ausdruck kam. Und siehe da: wir sind friedlos bis zur äußersten Grenze. Die Franzosen marschieren in Frankfurt ein, in Darmstadt und Sedan und rücken bis dicht an die bayerische Grenze vor — wir protestieren nur, hoffend, daß Lord George sie schon wieder zur Reue bringen werde. Die Belgier schieben in ihrem Gefolge Truppen vor und nehmen uns bei dieser Gelegenheit einen arbeitsreichen Grenzabschnitt mit einer lebenswichtigen Bahnverbindung — wir müssen unsere vergeblichen Trüder im Stich lassen. Die Dänen geben den Schleswig-Holsteinern mehr und mehr zu Leibe und möchten, trotz der Volksabstimmung, die an Deutschland nichts zu wünschen übrig läßt, Helsingör vor allem zur ersten Zone angehängen haben — der preussische Adler just kaum noch mit der Krone, schwach ist er geworden. Und die Polen, sie halten nun schon Monate lang die vertragswidrige Absperrung Ostpreußens vom Reich aufrecht, sie sind jetzt drauf und dran, ihre Faust auf Oberschlesien zu legen, wo deutsche Staatsbürger bereits wie lästige Ausländer maltärtert, wo pflichttreue Zollbeamte von Ententeherren aus dem Lande gejagt werden, der staatsrechtliche Zusammenhang mit dem Mutterland, mit Breslau und Berlin gewaltsam unterbrochen wird. Der preussische Adler stützt etwas mit den Flügeln; was hat er eine Vorstellung davon, warum der alte Fels in diesen Boden geklopft, was deutscher Fleiß, deutsche Tüchtigkeit aus ihm im Laufe der Jahrzehnte gemacht hat. Aber seine Fänge bleiben stumpf und kraftlos; greifen die Polen nur tödlichlos zu, so wird er ihnen jedenfalls keine Schwereitaten machen. Reichswehrtruppen, die von Hamburg her an die bedrohte Grenze eilen sollen, laufen unterwegs, wo sie übernachten sollen, auf verschlossene Türen; die neuen Stadtherren verpeitschen den Schützern des Vaterlandes den Eintritt. Sie müssen auf zeitraubenden Umwegen ihre Fahrt fortsetzen; Pflichten der Gastfreundschaft werden eigenen Landeskindern gegenüber nicht mehr anerkannt. Deutschlands Feinde haben gute Zeiten. Der preussische Adler kann für den Rest seiner Tage ruhig dem Altersheim eines Zoologischen Gartens überwiegen werden.

Wenn er früher, bis zum Weltkrieg, seine Schwingen breiten konnte, so mußte er, daß das Volk, das seinem Säus anvertraut war, auf sicherem Wirtschaftsgrunde stand. Wir hatten eine geordnete Gesetzgebung, ein vorbildlich funktionierendes Rechtsleben, die Arbeit blühte in Stadt und Land und unsere Finanzen wurden gut verwaltet, tren behütet, wenn auch hier und da über zu harten Steuerdruck geklagt, um ein Mehr an direkten oder an indirekten Steuern zu werten hartnäckig gekämpft wurde. Alle diese Grundbedingungen eines modernen Staatswesens gehören heute der Vergangenheit an. Herrichtung, Gesetzgebung auf allen Gebieten, und nicht am wenigsten im Bereich unserer Staatsfinanzen. Schon Herr Ursberger hat vor genug auf die fast hoffnungslose Lage unserer finanziellen Verpflichtungen hingewiesen; was aber hat er damit erreicht? Ein paar Gesetze, mit Hunderten von Paragraphen, aber sonst ist alles beim alten geblieben. Nicht doch, es ist alles noch unendlich viel schlimmer geworden! Sein Nachfolger, Herr

Dr. Wirth, lang deswegen im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung ein gar trübselig Lied. Unsere Schuldenlast — vor dem Kriege fünf Milliarden — ist mittlerweile auf 107 Milliarden angewachsen; das heißt nahezu zweihunderttausend Millionen Mark. Kann sich noch irgend ein Sterblicher eine Vorstellung davon machen, was dieser Chimborazo von Geldsummen eigentlich bedeutet? Aber damit noch nicht genug. Wir haben, seit dem 1. April, Reichsbahnen in Deutschland. Flugs melden sich die Eisenbahner mit Forderungen, die ein Mehr an Lohnausgaben von zwei Milliarden bedingen würden, und die Verwaltung darf mit dem Bewußtsein ans Werk gehen, im ersten Jahre ein Defizit von 12 Milliarden aus ihrem neuen Besitz „herauszuschaffen“ zu können. Dagegen verbleibt der Volkserwerb „nur“ ein Nettobetrag von 900 Millionen, nach der letzten Gebührenssteigerung, wohlverstanden, die natürlich sehr bald die vorstehende erreichen sein wird. Angesichts dieser vernichtenden Zahlen weiß auch Herr Dr. Wirth keinen andern Rat, als daß man über die Finanz- nicht die Volkswirtschaft ganz und gar vernachlässigen dürfe, was bezogen will; wir müssen wieder lernen uns nach der Decke zu strecken, die Einnahmen zu erhöhen, wenn wir die Ausgaben heigern wollen. Werte schaffen, die wirksamen Geldwert haben, statt immer nur Papierkaufen herzustellen, von denen bald niemand mehr etwas wird wissen wollen.

Das ist altberühmte Weisheit aus der alten Zeit. — Wer will heute auf sie hören? Wohl gibt es mutige Männer unter uns, die nicht aufhören wollen ihre Kräfte zu regen. Aber müssen nicht auch sie schließlich die Flügel hängen lassen, wenn unsere Wirtschaft in kürzesten Zeitabschnitten immer wieder mit neuen Milliardenschulden belastet wird? Daß wir hettelarm geworden sind, sagte Koste, der sich wieder als simplen Abgeordneter im Parlament betätigt, hat die Allgemeinheit immer noch nicht begriffen. Aber die Wahrheit ist doch, daß viele diesen Tatbestand nicht begreifen wollen — nicht wahr, Herr Koste? Und wissen Sie ein Mittel, diesem entsetzlichen Leidstun zu steuern, der sich darin ausdrückt?

Verhöhnung im Reichswehrministerium.

Offiziere und radikale Arbeiterführer.
Das Reichswehrministerium teilt unter dem 16. April amtlich folgendes mit:
Bei der Reichsregierung liegen gestern am späten Nachmittag Nachrichten ein über eine Zusammenkunft, die im Reichswehrministerium um 8 Uhr abends stattfanden sollte zwischen namentlich genannten Offizieren, die größtenteils dem Reichswehr-Gruppenkommando I angehören, und radikale gerichteten Arbeiterführern. Die militärischen Teilnehmer an dieser Sitzung wurden durch anschließende Angaben erhebtlich belächelt.

Die Sitzung hat tatsächlich um 8 Uhr abends im Dienstzimmer des Hauptmanns von Viebahn stattgefunden. Es haben daran teilgenommen: Die Hauptleute von Viebahn und von Bohnstedt, Kapitänleutnant Altvater, Leutnant von Viebahn, ferner ein Zivilingenieur Reyer (unbekannt, kürzlich aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt), sowie die Herren Bartram (nach seinen Angaben Gründer des Vereins der Frontsoldaten) und Kahler (nach seinen Angaben Urmacher aus Groß-Niederfelde). Der Reichswehrminister ließ bald nach 8 Uhr die Sitzung aufheben und hat dann persönlich noch im Laufe der Nacht die Teilnehmer einzeln vernommen. Er hat alsdann angeordnet, daß sie mit Ausnahme des Hauptmanns v. Bohnstedt, der nur einem Dienstbefehl zufolge an der Sitzung teilnahm, bis zur weiteren Klärung der Angelegenheit im Polizeipräsidium in Berlin in Schutzhaft zu halten sind. Die Untersuchung, die der Staatskommissar für öffentliche Ordnung leitet, wird durch Gegenüberstellung der Befallungen mit den Teilnehmern an der Sitzung schnellstens fortgesetzt. Neben dem Tatbestand und den anderen Absichten der Teilnehmer wird festgestellt sein, ob noch andere Personen zu dieser Sitzung geladen waren, die aus irgendwelchen Gründen nicht erschienen sind.

In letzter Stunde wird noch dazu gemeldet, daß es sich auch hier offenbar um eine Mystifikation handelt und die Beschuldigten bald wieder freigelassen werden dürften.

Schandfaten im Ruhrrevier.

Der Massenmord in Essen.
Eine fürchterliche Bluttat haben die Spartakisten in Essen verübt. Der dortige Waffenturm war von etwa 50 Beifreiwilligen besetzt, die durch einen Parlamentarier der Roten Armee zur Übergabe aufgefordert wurden. Während der Verhandlungen vor dem Tor des Waffenturms mit dem Stadtschreiber Rothhof, der zur Befragung zählte und im Schutze der weißen Flagge stand, drängten die revolutionären Truppen plötzlich durch das Tor der Einfriedigung und härmten den Waffenturm. Die überraschte Besatzung hatte

bereits die Waffen abgelegt und die Hände ausgezogen. Als die Rotgardisten angeläutert kamen, traten ihnen die Besatzungsmannschaften halbenfleißig mit hochgehobenen Armen am Eingange entgegen. Man begann ein entsetzliches Morden. Wilden Tieren gleich warfen sich die Spartakisten auf die wehrlosen Leute, stachen mit Messern und Dolchen auf sie ein, schlugen sie mit Gewehrköpfen tot oder schossen sie mit dem Revolver nieder. Selbst die am Boden wühlenden Schwerverwundeten und die Weichen wurden mit dem Kolben oder mit Fußtritten bearbeitet. Mehreren Opfern war der Schädel gespalten, anderen die Schädeldecke zertrümmert oder der Kopf bis zur Unkenntlichkeit verformt. Junge Mädchen warfen die Gewehre fort, zogen Dolch und Messer und stachen wie wahnwütig auf ihre Opfer los. Ein 17 Jahre alter Rotgardist stand unangeführt mit dem Messer auf einem Eichenbalken ein, der, nur mit Hose und Weste bekleidet, mit erhobenen Armen vor ihm stand. Drei Messerstücke hatte der Wehrlose in die Herzgegend erhalten. Immer noch hob er mühsam die Arme hoch. Dann stürzte er zu Boden. Ein Stich in das Herz hatte ihn tödlich getroffen. Während dieser entsetzlichen Ereignisse waren die Fenster der gegenüberliegenden Häuser mit Zuschauern dicht besetzt. Auch auf der Straße hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die Zuschauer der Greuelthaten war. Die Menge schrie vor Entsetzen. In etwa zehn Minuten lag die gesamte Besatzung hingerichtet vor dem Waffenturm, nur drei Mann entgingen dem grausigen Verhängnis.

Das Kriegergericht in Dortmund.
Für den Dortmunder Gerichtsbezirk ist ein außerordentliches Kriegergericht eingesetzt worden, das seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat. Bisher sind aus Anlaß des letzten Bulles annehmend 400 Verurteilungen verhängt worden. Eine Anzahl der verurteilten Personen sind aber bereits nach Prüfung ihrer Verhältnisse wieder freigelassen worden. — Im übrigen hat die Reichswehr jetzt auch Bochum besetzt.

Deutsche Nationalversammlung.

(183. Sitzung.) Berlin, 16. April.
Wieder ein stiller Tag. Den Reigen der Verhandlungsgegenstände eröffnen, dem Verkommen gemäß, kurze Anfragen.

Bisher machte der Präsident Feilerbach eine bemerkenswerte Mitteilung, nämlich die, daß der Oberreichsanwalt telegraphisch die Genehmigung zur Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrats und Verrates militärischer Geheimnisse gegen den Abg. Frau (Naab, Sos.) beantragt. Der Antrag wurde dem Verordnungs-Kommissionen übergeben.
Von den kurzen Anfragen mögen folgende erwähnt sein. Das Verlangen des Abg. v. Gräbe (Deutschl.) für Studenten den Fahrpreis auf der Eisenbahn zu ermäßigen, wurde von der Regierung als leider nicht erfüllbar erklärt. Der Abg. Dr. Köllig (Deutschl., Sp.) machte darauf aufmerksam, daß in Sachen der Raubschissus-Unterricht in den Volksschulen verboten ist. Daraus teilte die Regierung mit, daß diese Regelung schon vor Inkrafttreten der Volkserziehung erfolgt ist, und daß bis zur endgültigen Regelung der bisherige Zustand nicht geändert werden könne.
Hieran wurde in zweiter und dritter Lesung der Gesetzesentwurf über ein Enteignungsrecht der Gemeinden bei Aufhebung oder Ermäßigung der Rosenbestimmungen angenommen. Alsdann trat das Haus in die zweite Lesung eines Gesetzes über die

Grundschulen und Aufhebung der Vorklassen ein. Durch die Vorlage wird bestimmt, daß die Volksschulen in den vier untersten Jahrgängen durch die für alle gemeinsame Grundschule, auf der sich auch das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut, einzurichten sind. Durch die Landeszentralbehörde kann angeordnet werden, daß noch weitere Jahrgänge einer Volksschule als Grundschulklassen eingerichtet werden. Die bestehenden Vorklassen und Vorrichtungsstellen sind alsbald aufzuheben. Der gesamte Aufbau muß bis zum Beginn des Schuljahres 1924/25 abgeschlossen sein.

Hg. Wamm (Deutschl., Sp.) beantragte, von der weiteren Beratung der Vorlage abzusehen, um nicht der allgemeinen Schulreform vorzugreifen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Alsdann begann die Ausenänderung über § 1 des Entwurfs, an der die Abg. Helmman (Sos.), Rheinländer (Hr.), Dr. Köllig (Deutschl., Sp.), Feuermann (Deutsche Sp.) und andere Mitglieder des Hauses teilnahmen.

Scheidemann wehrt sich!

Gerechte Strafe für Verleumder.
Das Landgericht Berlin verurteilte den „Journalisten“ Rhodin wegen Verleumdung Scheidemanns sowie wegen Verleumdung zu neun Monaten Gefängnis. Rhodin erschien im Dezember 1919 in einem Berliner Korrespondenzbüro und erklärte, er habe wichtiges Material, durch das Scheidemann, Herr Dr. Köhler, Ecker und andere schwer belächelt würden.